

Auswege aus der Minuszone



Burkhard Jung

Königswinter/Petersberg. Der offizielle Teil der Tagung des BDU-Fachverbands Sanierungs- und Insolvenzberatung fand als jährliche Fachkonferenz Sanierung am 03.02.2023 bei Königswinter auf dem schönen Petersberg statt. Der Minister der Finanzen des Landes NRW gab eine Einschätzung zu finanzpolitischen Herausforderungen, weiter waren der wirtschaftliche Ausblick in 2023, die Fortbestehensprognose nach § 19 InsO, Refinanzierungsoptionen nach Corona, die Cybersicherheit und Preisstrategien bei Inflationstendenzen Themen.

Text: Rechtsanwalt Dr. jur. Dietmar Rendels, RST Rendels & Körner PartmbB, Rechtsanwälte-Wirtschaftsprüfer-Steuerberater, Köln

Die rd. 260 Teilnehmer begrüßten die beiden Moderatoren **RAin Dr. Gesa Pantaleon gen. Stenberg** (Co-Sprecherin der Distressed Ladies e. V.) und **Burkhard Jung** (Vorsitzender des BDU-Fachverbands) im Steigenberger Hotel Petersberg. Die Veranstaltung fand dieses Mal in Kooperation zwischen BDU und Distressed Ladies e. V. statt, von deren Mitgliedern 17 (so das gemeinsame Gruppenfoto) die Tagung besuchten und Referentinnen stellten. Beide Gastgeber teilten die einleitende Einschätzung, dass es in Anbetracht der Wirtschaftskrise immer noch wenige Insolvenzen gebe, aber viele M&A-Prozesse zu lebenden Unternehmen. Das Einführungsreferat hielt **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU), der Minister der Finanzen des Landes NRW. Einleitend referierte er über die Geschichte des Petersbergs als historischen Ort und die historischen Wurzeln des Landes NRW nach dem Zweiten Weltkrieg (Zusammenschluss verschiedener Verbände, u. a. des Landesverbands Lippe). Krisen, wie durch Corona und den Ukraine-Krieg ausgelöst, seien auch eine Chance für einen Neuanfang. Das Gefühl der letzten Jahrzehnte, es gehe immer bergauf, komme zu einem Ende. Optendrenk lobte eine Entscheidung seines Amtsvorgängers, nämlich lang laufende Anleihen durch das Land NRW mit geringem Zinskupon herauszugeben. Das sei noch vor der Inflation geschehen und sichere NRW tendenziell eine langfristige Finanzierung. Der Finanzminister ging auf einzelne Belastungen des Landes NRW ein: So seien allein wegen des Ukraine-Kriegs circa 40.000 Jugendliche und Kinder in den Schulbetrieb zu integrieren. Nachmittags würden diese Kinder häufig noch online von ihren ukrainischen Lehrern unterrichtet. Das verursache erhebliche Kosten. Er bezeichnete NRW zwar nicht als »Sanierungsfall, aber als Renovierungsfall«. Das Land müsse z. B. weiter in Umwelttechnik investieren, etwa zur umweltfreundlichen Produktion von Stahl.

Danach verabschiedete der Verband den BDU-Geschäftsführer **Christoph Weyrather**, der seit vielen Jahren auch für die organisatorischen Abläufe der Veranstaltung auf dem Petersberg verantwortlich war. Er leitet noch bis zum 30.06.2023 – dann tritt er in den Ruhestand – die Verwaltung, Organisation, Finanzen und Budgetierung, begleitet die betriebswirtschaftlich orientierten Fachverbände und ist zuständig für die großen Fachkonferenzen

wie die auf dem Petersberg, aber auch für den Deutschen Beraterstag sowie das Seminarprogramm. Es folgte das Referat von **Prof. Dr. Henning Vöpel** (Direktor des Centrums für Europäische Politik und Professor an der BSP Business and Law School). Er ging auf die »Zeitenwende« ein, die der Bundeskanzler anlässlich des Ukraine-Kriegs verkündet hatte. Vöpel erwähnte seinen Austausch mit Generälen auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Mit der Beschaffung militärischen Materials, in Umsetzung des 100-Milliarden-Euro-Pakets für die Bundeswehr, habe es bis Dezember 2022



RAin Dr. Susann Brackmann (li.) und Corinna von Loeffelholz

gedauert. Der Referent gab teilweise einen recht kritischen und pessimistischen Ausblick. Die Welt sei instabil wegen einer Ordnungskrise. Die USA seien nicht mehr dominant und das Industriezeitalter gehe zu Ende. Die Zukunft sei ungewiss. Diese Ungewissheit müsse auch politisch akzeptiert werden. Man könne nicht alle Ereignisse prognostizieren. Es sei weiter mit einer hohen Inflation über die nächsten Jahre zu rechnen und einem dadurch verursachten Einkommensentzug. Er prognostizierte für 2023 eine leichte Rezession mit einem Rückgang des Wirtschaftswachstums im Bereich von -1% bis -1,5%. Er bezeichnete allerdings seine Auffassungen teilweise selbst als Außenseitermeinung. Positiv hervorzuheben sei, dass die Energiespeicher auch



RAin Dr. Gesa Pantaleon gen. Stemberg



NRW-Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk



Prof. Dr. Henning Vöpel



RAin Dr. Kirsten Schümann-Kleber



über den nächsten Winter reichen dürften und die Lieferketten wieder stabiler würden. Schlecht sei, dass die Digitalisierung in Europa und Deutschland nicht vorankomme. Außerdem würden in den nächsten Jahren zu viele Beschäftigte in den Ruhestand gehen. Man benötige eine neue China-Strategie, da auch ein Krieg mit Taiwan nicht auszuschließen sei. Die Verteidigungsfähigkeit sei über Jahre vernachlässigt worden. Europa sei aus Sicht vieler Investoren kein geeigneter Standort für langfristige Investitionen. Die EU reguliere zu viel und zu komplex. Vöpel erwartet in den nächsten Jahren entgegen anderen Prognosen keine Blockbildung zwischen China und Russland einerseits und den USA und Europa andererseits. Eher sei mit einer Art Regionalisierung zu rechnen. Er hielt es für nicht unwahrscheinlich, dass ein weltweites Negativereignis stattfinde, was wir nicht vorhersähen. Der Referent beendete seine Ausführungen auch mit einem optimistischen Ansatz: Krisen und Probleme könnten auch als Chance begriffen werden. Auf die Fragen im Anschluss ging Vöpel bereitwillig ein: Eine zeitnahe Aufnahme der Ukraine in die EU sei nicht denkbar und würde auch die EU völlig überfordern. Er empfahl Finanzanlegern Investitionen in Künstliche Intelligenz und erneuerbare Energie. Abhängigkeiten von China müssten Wirtschaft und Politik reduzieren. Lieferketten seien deutlicher zu diversifizieren. Er kritisierte die chinesische Beteiligung an Teilen des Hamburger Hafens.

Grenzen der positiven Fortführungsprognose

Danach gingen **Corinna von Loeffelholz** (Deloitte) und **RAin Dr. Susann Brackmann** (Hogan Lovells) auf das Thema »Positive Fortführungsprognose im Wandel« ein. Es begann von Loeffelholz aus eher betriebswirtschaftlicher Sicht. Der Prognosezeitraum sei (wie bekannt) bis zum 31.12.2023 auf vier Monate verkürzt worden. Sie differenzierte zwischen der insolvenzrechtlichen

Fortbestehensprognose i. S. d. § 19 Abs. 2 Satz 1, zweite Alt. InsO und der handelsrechtlichen Fortführungsprognose nach § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB. Anhand eines Beispiels betonte von Loeffelholz, dass das Abbrechen der Planung nach vier Monaten auch ein Problem sei. Es komme dann nicht mehr darauf an, ob die Situation nach vier Monaten besser werden kann. Bei der Analyse der Planungen der Geschäftsleitung seien die Prämissen der Geschäftsleitung zu »stressen«, d. h. kritisch zu betrachten. Man beginne die Unternehmensplanung zumindest mit einer 13-Wochen-Planung, schon um die Quartalszahlen einzubeziehen. Die überwiegende Fortführungswahrscheinlichkeit i. S. d. § 19 InsO sei nur dann gegeben, wenn diese über 50% liege. Bei der Prognose komme es ausschließlich auf eine Sicht ex ante an, wozu der Geschäftsleitung ein Beurteilungsspielraum eingeräumt sei. Wichtig seien für die Prognose eine vernünftige Datengrundlage und ein Abwägungsvorgang in der Prognose von Pro und Kontra. Fasst der externe Berater ein dokumentiertes, wertendes Urteil, würden auch bereits vertretbare Argumente zu einer positiven insolvenzrechtlichen Fortbestehensprognose führen. Anschließend ging Brackmann auf einige juristische Feinheiten genauer ein: Zu differenzieren sei zwischen der »harten« und »weichen« Patronatserklärung sowie einer internen und externen Patronatserklärung. Die externe Patronatserklärung gebe ggf. insbesondere Banken einen Anspruch und führe aber grundsätzlich nicht zu einer positiven Fortbestehensprognose. Aus Sicht des Patrons seien bei der Abfassung der Patronatserklärung eine Begrenzung auf das Geschäftsjahr zu erwägen, ein Deckel der Höhe nach und die Einräumung von Kündigungsrechten ex nunc. Eine Kündigung lasse jedoch nicht die Verpflichtung zur Begleichung früherer Verbindlichkeiten entfallen. Grundsätzlich sei eine »weiche« Patronatserklärung im Anschluss an die Air-Berlin-Entscheidung des BGH nichts wert. Von diesen Patronatserklärungen seien aber Finanzierungszusagen anderer Art zu differenzieren. Auch nach der Air-Berlin-Entscheidung sei bei einer »weichen« Patro-





natserklärung »nicht zwingend« von einer negativen Fortbestehensprognose auszugehen. Es komme auf das Gesamtbild an. Habe etwa ein Gesellschafter kein eigenes Gewinnstreben und ein gesteigertes Interesse, die Gesellschaft am Leben zu halten, könne auch eine »weiche« Patronatserklärung zu einer positiven Fortbestehensprognose führen. Auch Zuschüsse in einem halbjährlichen Schrittrhythmus, der seit Jahren geübt werde, können bei der Abwägung und der Beurteilung des Gesamtbilds zur Annahme einer positiven insolvenzrechtlichen Fortbestehensprognose führen. Grundsätzlich müsse und könne sich der Verfasser der Prognose auf die Rechtsprechung des BFH und des BGH verlassen. Bei einer unklaren Rechtslage sei jedoch die recht großzügige Entscheidung des BGH zu Q-Cells zu beachten. Es komme darauf an, ob bei einer ungeklärten Rechtslage der Verfasser der Prognose zumindest vertretbare Argumente gefunden habe, die die Annahme einer positiven Prognose tragen sollen. Gegenargumente könne und müsse der Verfasser der Prognose durchaus abwägend miteinbeziehen.

Patronatserklärungen aus China skeptisch zu beurteilen

Auf Fragen gingen beide Referentinnen ein: Eine Patronatserklärung eines chinesischen Patrons sei skeptisch zu beurteilen. Es komme in solchen Konstellationen auf die Durchsetzbarkeit im Ausland an. In Bezug auf China sei das sehr zweifelhaft. Zum Prognosezeitraum sei ab spätestens September 2023 wieder auf die Zwölf-Monats-Betrachtung zurückzugehen, schon aus Praktikabilitätsabwägungen. Auch der Vier-Monats-Zeitraum sei tendenziell zu kurz. Die Prognose müsse täglich oder zumindest zeitnah fortgeschrieben werden. Auf Frage teilte Brackmann mit, dass in der Regel ein Verhalten in der Vergangenheit keinen Vertrauensstatbe-

stand zulasten des Patrons (eine Art schlüssige Patronatserklärung) begründet. Aus Sicht des Patrons sei aber dennoch, wenn er sicher aus der Zahlungspflicht herauskommen wollte, eine zumindest vorsorgliche Kündigung der Erklärung anzuraten. In rechtspolitischer Hinsicht vertraten beide Referentinnen die Ansicht, dass es tendenziell wohl noch längere Zeit bei der Überschuldung als Insolvenzauslöser bleibe. Eine Insolvenzantragspflicht erst bei Eintritt der Zahlungsunfähigkeit sei zu spät.

Danach referierte **RAin Dr. Kirsten Schümann-Kleber** (Görg) zum Thema »Refinanzierungsoption nach der Beendigung von Corona-Hilfsmaßnahmen und Wirtschaftstabilisierungsfonds WSF«. Die Referentin gab zunächst einen Rückblick u. a. auf die KfW-Programme. In Bezug auf die Lufthansa habe sich die Stützung für den Staat als sinnvoll erwiesen, das sei aber eine Einzelfallfrage. In Bezug auf TUI bleibe das Ergebnis abzuwarten. Schümann-Kleber erwartet keine Insolvenzwelle wegen des Auslaufens des WSF. Sie prognostiziert aber einen steigenden Handel mit sog. Non-performing Loans. Auf die Frage aus dem Publikum, wie denn Fälle zu lösen seien, falls sich die Unfähigkeit zur Rückzahlung der KfW-Kredite ergibt, erwähnte sie den StaRUG-Modulkasten, aber auch Möglichkeiten, mit der KfW zu Prolongationen zu verhandeln. Andere Teilnehmer bezeichneten dagegen die KfW als »wenig flexibel«. Zudem seien, so die Referentin, EU-Probleme noch nicht ausgiebig diskutiert (Thema: unzulässige Beihilfe?).

Nach einer ausgiebigen Mittagspause hielt **Thomas Steinberger** (PwC) ein Referat zum Thema »Entwicklung der Automobilindustrie«. Steinberger prognostizierte, dass es im Automobilsektor in kurzer Zeit keine Erholung auf Vorkrisenniveau geben werde. Jedenfalls vor 2026 sei mit einer Erholung keinesfalls zu rechnen. Im Einzelfall seien die Going-Concern-Prognosen als Problem einzustufen. Die Chip-Probleme würden sich allerdings schrittweise mildern. Zulieferer würden zunehmend in immer



Monika Dussen



Martina Rabe



Dr. Amadeus Petzke



RAIN Dr. Jasmin Urlaub



Thomas Steinberger

mehr Probleme geraten. Das betreffe aber nicht die Großen wie z. B. Bosch. Das Durchstellen höherer Kosten der Zulieferer an deren Abnehmer, die sog. OEMs, klappe meistens nicht. Er habe die Erfahrung gemacht, dass bei der Insolvenz von Zulieferern in den letzten Jahren zunehmend kein Verkauf des Zulieferers mehr möglich war. Das erhöhe den Druck auf eine Sanierung von Zulieferern außerhalb eines Insolvenzverfahrens. Die OEMs müssten insoweit auch mehr Kompromissbereitschaft zeigen. Zu China prognostizierte Steinberger, dass China spätestens ab 2024 mehr Fahrzeuge exportiere als importiere. Insbesondere in Bezug auf kleinere E-Autos für die Verwendung in der Stadt werde China zum größten Exporteur aufsteigen. Dazu bemerkte Steinberger, dass die erhöhten Kosten der Kunde, d. h. der Käufer eines Pkw, trage. Es gebe praktisch keine Rabatte mehr beim Fahrzeugkauf und das Gebrauchtwagengeschäft funktioniere aus Sicht der Händler auf hohem Preisniveau.

Danach referierten **Monika Dussen** (Struktur Management Partner) und **Martina Rabe** (UniCredit) zum Thema »Cybersicherheit und Environmental, Social and Governance (ESG)« als Bestandteil von Sanierungsgutachten. Rabe berichtete von einem Kunden, dessen IT-System während Kreditverhandlungen gehackt worden ist. Die Referentin informierte über sog. Ransomware. Profihacker würden Lösegeld für die Freigabe der IT verlangen. Die Angst vor russischen Hackerattacken habe deutlich zugenommen. Eine dadurch verursachte ungeordnete Betriebsunterbrechung und eine Unterbrechung des Zahlungsverkehrs trafen die Unternehmen sehr empfindlich, sie könnten sogar zur Insolvenz führen. Sie stellte fest, dass immer noch 98 % des E-Mail-Verkehrs ungesichert geführt wird, was fahrlässig sei. Sie appellierte an mehr Verständnis in Bezug auf IT-Sicherheit. Dussen berichtete über einen Fall, dass während der Erstellung eines IDW-S6-Gutachtens beim Kunden dessen IT-System gehackt worden ist. Auch grundsätzlich müsse die IT-Sicherheit in ein IDW-S6-Gutachten einfließen. Notfallpläne dafür seien zu empfehlen. Rabe betonte, dass Verstöße gegen ESG-Kriterien zu einer Ratingverschlechterung bei den Banken führen könnten. Hier seien die Entwicklung

und die Ratingbewertung aber auch bei den Banken noch eher am Beginn eines Prozesses. Auf die Frage zu den Kosten einer spezifischen IT-Analyse erwähnte Dussen, dass insoweit drei bis fünf »Manntage« zu veranschlagen seien. Rabe hob hervor, dass Verstöße gegen die ESG-Kriterien nach ihrem Kenntnisstand noch zu keiner Kreditlehnung geführt hätten.

Strategien für die Umsetzung notwendiger Preiserhöhungen

Das Abschlussreferat nach der Kaffeepause hielt **Dr. Amadeus Petzke** (Deloitte) mit dem Thema »Preisstrategien bei Inflationstendenzen«. Petzke plädierte für mehr Flexibilität von Unternehmen bei der Festlegung höherer Preise. Die Zeiten, dass man zum 01.01. eines Jahres eine neue Preisliste veröffentlicht, seien vorbei. Etwa 80% der Unternehmen müssten ihre Preise anheben. Das betreffe alle Bereiche. Selbst in Bereichen, wo bisher die Preise eher stabil waren (z. B. für Telekommunikationsleistungen) würden die Preise erhöht. Ein Kardinalfehler sei, zu lange mit einer Preiserhöhung zu warten oder die Erhöhung zu gering ausfallen zu lassen. Bei der Bemessung der Preise (abhängig von der Art des Geschäftsbetriebs) seien ggf. alle einzelnen Produkte des Betriebs, die dieser herstellt, nochmals genauer auf Margen zu analysieren. Nicht einfach vorherzusagen sei, was der Kunde zu Preiserhöhungen sagt. Hier sei ein »gefühlvolles« Vorgehen gegenüber dem Kunden angezeigt. Möglicherweise könne man dem Kunden auch, wenn dieser verspreche, höhere Volumen abzunehmen, in einzelnen Aspekten dann wieder preislich entgegenkommen. Beim Pricing könne sich auch fast jeder verbessern, wenn man ausreichend miteinander kommuniziert. Der Referent schloss mit einem Zitat von Winston Churchill: »Never let a good crisis go to waste.«

Die Teilnehmer der gelungenen Veranstaltung – die wie immer auch eine gute Basis für angenehmes Networking bietet – wurden von **RAIN Dr. Jasmin Urlaub** (Co-Sprecherin des Distressed Ladies e. V.) und Burkhard Jung verabschiedet. <<

